

Die Zentralbank druckt Geld und die Finanzminister gehen auf Urlaub 2

Die Bankenaufseher treiben solide Kreditnehmer in den Ruin 4

Der neuerliche Verrat an der „Generation Praktika“ 6

Umweltschutz: „Bruder Baum“ wieder entdeckt 8

Eine Chance für Bio gegen Fast Food und Snacks? 10

Von Hongkong über Indien und Palästina nach London: Chaos „very british“ 12

Abo-Service:
vvg@inode.at

Jahresabonnement:
Österreich: € 56,00
inkl. MwSt.,
außerhalb
Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.

Herausgeber und Chefredakteur:
Ronald Barazon

Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle
1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
Tel.: 00 43 1 523 74 56

Druck: Robitschek, 1050 Wien.
e-mail: vvg@inode.at

Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.



Die Zentralbank druckt Geld und die Finanzminister gehen auf Urlaub

Von Ronald Barazon

In Europa muss man sich anschnallen. Im September wurden von der Europäischen Zentralbank die Weichen für eine Geldpolitik gestellt, die den Kontinent in den Abgrund treibt. Der Wechsel von Mario Draghi zu Christine Lagarde am 1. November bringt keine Änderung. Die Beschlüsse reichen weit über den 1. November hinaus und werden von Lagarde mitgetragen. Man pumpt zusätzliche Milliarden in die maroden Staatshaushalte, man plündert weiter die Vermögen der Sparer und übersieht konsequent, dass die Geldschwemme nicht in der Wirtschaft ankommt.

Mit dieser Politik hat man schon bisher bewirkt, dass Europa zurückfällt. Die Wirtschaftsleistung des Euro-Raums ist bald bei der Hälfte des USA-BIP, obwohl beide Regionen eine etwa gleich große Einwohnerzahl haben. Jetzt geht es weiter in diese Richtung, aber noch schneller.

Die Plünderung der Sparer geht weiter

Die Vernichtung der Zinsen bekommt eine weitere Dimension. Banken, die Geld bei der Zentralbank halten, müssen schon bisher Strafszinsen an die EZB entrichten. Dieser Verlust wird nun auf minus 0,5 Prozent erhöht. Schon länger zahlen die Banken im Gefolge der Nullzinspolitik der EZB kaum Zinsen für Spareinlagen. Nun beginnen auch die Institute ebenfalls so genannte „Negativzinsen“ zu verrechnen. Das heißt im Klartext: Die Kunden bekommen nicht einmal mehr den auf das Sparbuch eingezahlten Betrag in voller Höhe wieder zurück. Die Inflationsraten sind zwar niedrig, die

Preise steigen also nicht sehr stark, aber doch, und verringern den Geldwert. Minuszinsen und Geldentwertung lautet die Botschaft an die Sparer.

Die Altersvorsorge wird noch teurer

Damit nicht genug. Mit derart niedrigen Zinsen ist der Aufbau einer Altersvorsorge nur möglich, wenn deutlich mehr gespart wird, womit die meisten aber überfordert sind. Zwischen der Zinspolitik und der Altersarmut besteht ein unmittelbarer Zusammenhang.

Der dramatische Effekt auf die Wohnungspreise

Und weiter im Text der dramatischen Konsequenzen: Die niedrigen Zinsen haben nicht nur die Sparbücher betroffen, sondern auch die Erträge aus den Anleihen vernichtet. In der Folge stürzen sich bereits seit Jahren die Anleger auf Immobilien und treiben die Preise in die Höhe. Mit dem Effekt, dass die Wohnungspreise in astro-

nomische Höhen geschnellt sind. Die Steigerung der Negativzinsen sorgt für einen weiteren Auftrieb.

Dass die Aktienkurse trotz aller Turbulenzen Höchstwerte aufweisen, ist ebenfalls durch die Flucht der Anleger vor den niedrigen Zinsen verursacht. Dass Uhren, Gold, Bitcoin und andere nicht nachhaltige Werte Hochsaison haben, darf nicht übersehen werden.

Keine Belebung der Wirtschaft

Was glaubt nun die EZB mit ihrer Zinspolitik zu erreichen? Niedrige Zinsen bedeuten billige Kredite und billige Kredite beleben die Wirtschaft. Auch die Strafszinsen werden so begründet: Banken, die Geld bei der EZB liegen haben, müssen bestraft werden, weil sie offenbar nicht ausreichend Kredite vergeben. In den von der Realität weit entfernten Räumen der EZB sind zwei entscheidende Nachrichten nicht angekommen.

Kredite für Kunden, die keine brauchen

Die von der EZB mitgestalteten Kredit-Regeln erschweren Finanzierungen extrem. Die Banken müssen sehr viel Eigenkapital vorhalten und die Kunden werden nur finanziert, wenn sie eine hohe Bonität aufweisen. Die Vorschriften ergeben, dass man letztlich nur Kunden Kredite geben darf, die nicht